



Adivasi-Rundbrief 30

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -

Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.

www.aktivasi-koordination.de

November 2007

Soziale und ökonomische Demokratie - Fehlanzeige Indiens indigene Völker nach 60 Jahren Unabhängigkeit

Am 15. August 2007 jährte sich Indiens Unabhängigkeit zum 60. Mal. Der folgende Artikel lenkt den Fokus auf die Stammesangehörigen, welche immerhin rund acht Prozent der Bevölkerung stellen. Der Autor Walter Fernandes verwendet hier nicht die Bezeichnung "Adivasi" (sanskrit: "erste Bewohner", Ureinwohner), nachdem die indigene Stammesbevölkerung von Nordostindien (wo der Autor seit dem Jahr 2000 lebt) sich diese Bezeichnung aus bestimmten Gründen nicht zu eigen gemacht hat.

Am 15. August 2007 feierte Indien 60 Jahre Unabhängigkeit. 1950 wurde es zu einer Republik. Im Jahre 1951 wurde der erste Fünfjahres-Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung gestartet. Damals ging man davon aus, daß eines Tages die Früchte dieser Entwicklungsplanung jeden Bürger erreichen würden. Dr. B.R. Ambedkar war der erste Justizminister von Indien und selbst ein Dalit (ehemals "Unberührbarer"). Als dieser im November 1949 der Verfassungsgebenden Versammlung seinen Verfassungsentwurf präsentierte, brachte er diese Hoffnung zum Ausdruck und verwies weiterhin auf die Herausforderung, soziales mit wirtschaftlichem Wachstum zu verbinden, indem er sagte: "Durch diese Verfassung haben wir eine Demokratie im Bereich der Politik sichergestellt. Jetzt müssen wir noch soziale und ökonomische Demokratie für jeden Bürger gewährleisten." Heute jedoch empfinden die 82 Millionen Stammesangehörigen (etwa acht Prozent der Bevölkerung) und die 180 Millionen Dalits, daß sich diese Hoffnung für sie nicht verwirklicht hat. 80 Prozent der Stammesangehörigen leben im mittelindischen Gürtel, der sich von Orissa und Jharkhand im Osten über Chhattisgarh

und Madhya Pradesh im Zentrum bis nach Gujarat im Westen erstreckt. Ungefähr 12 Prozent oder etwa 10 Millionen leben in Nordostindien, dem Gebiet zwischen Bangladesh und Myanmar. Der Rest der Stammesangehörigen ist über die restlichen Bundesstaaten verstreut. Viele Stammesvölker in Mittelindien fallen unter den *Fifth Schedule* [ein Anhang zur indischen Verfassung], welcher ihnen den Schutz von Land und Kultur gewährt. Einige Stammesvölker in Nordostindien fallen unter den *Sixth Schedule*, welcher ihnen eine größere Autonomie als den Völkern in Mittelindien einräumt. Als Reaktion auf ihre nationalistischen Kämpfe änderte das indische Bundesparlament die Verfassung, so daß die Stammesvölker von Nagaland und Mizoram nun in privatrechtlichen Angelegenheiten ihr Gewohnheitsrecht anwenden dürfen. Viele andere Stammesvölker haben keinen besonderen Schutz als das Gesetz, welches die Veräußerung von Stammesland untersagt.

Das Leitbild der Nationalen Entwicklung

Den Hauptgrund, wieso für die Stammesangehörigen und die Dalits die Hoffnung von Dr. Ambedkar nicht verwirklicht worden ist, bildet die Vernachlässigung des sozialen Bereiches. Indien hat wirtschaftlich große Fortschritte gemacht. Die Mittelklasse ist von etwa 30 Millionen zur Zeit der Unabhängigkeit auf die Zahl von 250 Millionen heute angewachsen. Das Land hat eine diversifizierte industrielle Basis entwickelt und stellt heute jedes Produkt, das vor der Unabhängigkeit noch eingeführt werden mußte, selbst her. Die Analphabetenrate ist von 86 Prozent auf 36 Prozent gesunken. Die Geburtenrate [Zahl der Geburten pro 1.000 Einwohner] ist von 49 auf

32 gesunken, die Kindersterblichkeit [Zahl der Kinder pro 1.000 Einwohner, die bis zum fünften Lebensjahr sterben] von 250 auf 82 und die Lebenserwartung hat von 40 auf 65 Jahre zugenommen. Im Kontrast dazu gehen etwa 300 Millionen Inder zu Bett, ohne ausreichend gegessen zu haben. Die meisten von ihnen sind Stammesangehörige und Dalits.

Zugunsten von Stammesangehörigen und Dalits sind bereits zahlreiche Fördermaßnahmen in die Wege geleitet worden. Sie haben etwa das Anrecht auf kostenlose Bildung bis zum Hochschulniveau. 7,5 Prozent aller Stellen in den Behörden und in Staatsunternehmen sowie der Mandate in den Parlamenten sind für Stammesangehörige reserviert, 15 Prozent für Dalits. Spezielle Wirtschaftsprogramme wurden für sie vorbereitet. Doch all dies hat die Situation der überwiegenden Mehrheit von ihnen nicht verändert. Wegen ihrer Armut können sie die gebotene Unterstützung nicht nutzen. Vielmehr ist eine große Zahl von ihnen während der letzten sechs Jahrzehnte verarmt, nachdem zahlreiche Wirtschaftsplaner mit "Entwicklung" lediglich ökonomisches Wachstum verbinden und somit die Komponenten des sozialen Bereiches wie Bildung, Gesundheit, Ernährung und Hygiene vernachlässigen.

Die wesentliche Ursache für ihre Verarmung ist somit nicht Entwicklung an sich, sondern die Tatsache, daß man der wirtschaftlichen Entwicklung den Vorrang eingeräumt hat. "Entwicklung" war durchaus nötig, nachdem die Kolonialherren das Land seiner Ressourcen beraubt und es unentwickelt und verarmt zurückgelassen hatten. Als jedoch Indien mit seinen Fünf-Jahres-Plänen startete, vergaß es, daß die Entwicklung des Westens ohne die Ausbeutung der Kolonien nicht möglich gewesen wäre. In diesem Zusammenhang waren die Kolonien zu Lieferanten von Rohstoffen und von Kapital für die industrielle Revolution in Europa und zu monopolistischen Märkten für ihre Endprodukte geworden. Auf diese Weise verarmten sie.

Jedes eben erst unabhängig gewordene Land, welches den westlichen Entwicklungsweg beschritt, war gezwungen, einige seiner

eigenen Gemeinschaften zum Nutzen der Mittelklasse verarmen zu lassen, da es nicht über Kolonien zur Ausbeutung verfügte. Mit dem Begriff der "kolonialen Ausbeutung" ist das Verhältnis Indiens gegenüber den meisten seiner Stammesvölker treffend umschrieben.

Diese Stammesvölker leben überwiegend in wirtschaftlich rückständigen Regionen, die einen großen Reichtum an Rohstoffen vorweisen. 80 Prozent von Indiens Kohle- und anderer Rohstoff-Vorkommen sowie umfassende Wald- und Wasser-Ressourcen befinden sich in ihren Gebieten. Diese natürlichen Ressourcen wurden mit dem Verweis auf die Nationale Entwicklung ausgebeutet. Menschen wurden von ihren angestammten Eigentümern vertrieben, um Land für verschiedene Projekte verfügbar zu machen. Über die Zahl der Zwangsumgesiedelten wurde keinerlei Statistik geführt. Studien kommen für den Zeitraum von 1947 bis 2000 auf eine Zahl von 50 bis 60 Millionen Menschen. Die Stammesangehörigen bilden davon etwa ein Drittel. Weniger als 25 Prozent der ihres angestammten Landes beraubten Personen erhielten eine Entschädigung.

Dadurch wurde wirtschaftlicher Fortschritt möglich, wobei jedoch das Schicksal der Zwangsumgesiedelten nur wenig beachtet wurde. Dies führte letztlich zur Verarmung auch der Stammesangehörigen. Mehr als die Hälfte von ihnen sind unterernährt, zwei Drittel von ihnen können nicht lesen und schreiben und leben unter der Armutsgrenze. Heute verstärkt die Globalisierung ihr Leid. Nunmehr wird weit mehr Land als in der Vergangenheit aufgekauft, um Investitionen durch indische und ausländische Privatunternehmen zu fördern. Diesen kommt es vor allem auf das rohstoffreiche Land Mittelindiens an und auf die Möglichkeit, große Staudämme in Nordostindien zu errichten.

Vor diesem Hintergrund wird also die Zwangsumsiedelung von Menschen zunehmen, wobei diese nicht einmal für ihre Verluste entschädigt werden: Gemäß der Landgesetzgebung, die noch aus der Kolonialzeit stammt, gibt es lediglich individuelle Besitzansprüche. Zahlreiche Stammesgemeinschaften leben jedoch von Land, Wald, Was-

ser und anderen natürlichen Ressourcen, welche in Gemeinschaftsbesitz sind. Ohne jegliche Entschädigung wurden sie von ihrem angestammten Land vertrieben. Aber auch der sehr geringe individuelle Landbesitz ist den Stammesangehörigen nicht sicher. In diesem Fall erhalten sie, wenn ihr Land für Entwicklungsprojekte erworben wird, eine sehr geringe Entschädigung, da sich das Land in wirtschaftlich rückständigen Regionen befindet. Jeder Bundesstaat hat Gesetze, welche den Verkauf von Stammesland verbieten. Wie jedoch Studien gezeigt haben, ist bereits mehr als die Hälfte an Individualbesitz der Stammesbevölkerung verlorengegangen oder wurde an Geldverleiher und Händler verpfändet. Diese verleihen Geld eben, um die Kontrolle über das Land zu erlangen. [...]

Die Reaktion der Stammesbevölkerung

Zahlreiche Stammesangehörige haben auf ihre Ausgebeutet-Werden hin Stellung bezogen, einige von ihnen auf friedliche Weise und andere mit Gewalt. Die gewaltsame Reaktion begann bereits vor 1947, als Nagaland die Souveränität forderte. Mahatma Gandhi scheint den Forderungen der Nagas nach Selbstbestimmung gegenüber aufgeschlossen gewesen zu sein. Jedoch hatten andere wichtige Führer Indiens für die Bestrebungen Nordostindiens, wo die meisten Stammesvölker mongolider Herkunft sind, kein offenes Ohr. Die Anführer der Naga erklärten trotzdem am 14. August 1947 ihre Unabhängigkeit, einen Tag vor Indien. Der nationalistische Kampf, der damals begann, ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Gemäß einer Vereinbarung von 1963 wurde der Bundesstaat Nagaland geschaffen und das Gewohnheitsrecht der Nagas offiziell anerkannt. [...] Diejenigen, welche "Souveränität" verlangen, haben diese bis heute nicht definiert. Die Regierung und diejenigen, die keinerlei Souveränität zulassen wollen, interpretieren "Souveränität" und Selbstbestimmung als Unabhängigkeit und Abspaltung. Dies ist der wichtigste Grund dafür, daß Indien das ILO-Übereinkommen 169 nicht unterzeichnet hat. Dieses Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) spricht von der Souveränität und Selbstbestimmung der "indigenen Völker". Die indische Regierung ist nicht einmal

bereit, über "Indigenität" zu diskutieren. Den meisten Führern der Stammesvölker ist bewußt, daß die Anerkennung ihres Status als "indigen" ihr Land und ihre Kultur schützen kann, aber sie haben bis jetzt keine Definition von "indigen", von "Souveränität" oder "Selbstbestimmung" in die Diskussion eingebracht. Der Stillstand in der Diskussion geht daher weiter.

Einige Stammesvölker aus Mittelindien, welche Souveränität fordern, interpretieren diese als Kontrolle über die Wirtschaft und Verwaltung in ihrem Gebiet. Bei ihren Kämpfen geht es überwiegend um den Schutz ihres Landes und ihrer Wälder. Weltweit bekannt ist der Kampf um den Narmada-Damm in Westindien. Derartige Kämpfe gibt es überall, wo Stammesvölker leben. Den Stammesvölkern in Jharkhand (östliches Zentralindien) gelang es beispielsweise, den Koel Karo-Staudamm und den Netarhat-Artillerie-Übungsplatz zu verhindern [siehe Adivasi-Rundbrief 20 und www.adivasi-koordination.de - Dokumenten-Texte]. Andere Stammesvölker waren weniger erfolgreich. Zahlreiche Stammesangehörige, welche gegen Zwangsentlegungen für die Bauxitgewinnung in Kashipur (Orissa) protestierten, wurden etwa inhaftiert. Einige sind sogar durch Polizeikugeln getötet worden. Auch die Stammesvölker, welche eine bessere Entschädigung für 6.500 Hektar Land in Kalinganagar (Orissa) forderten, wurden blutig zurückgeschlagen. Zwölf von ihnen starben, als die Polizei am 2. Januar 2006 auf sie losfeuerte [siehe Adivasi-Rundbrief 26]. Ein Hoffnungszeichen stellt jedoch die Tatsache dar, daß in denjenigen Gebieten, die unter die Kategorie "Fifth Schedule" fallen, durch eine Gesetzesänderung im Jahr 1996, die Selbstbestimmung auf kommunaler Ebene erheblich erweitert wurde [siehe Adivasi-Rundbrief 23]. Das neue Gesetz erkennt das traditionelle System der Selbstverwaltung der Stammesbevölkerung an und fordert, daß die Meinung der Dorfbewohner vor einer Landveräußerung eingeholt wird. Dies ist lediglich ein Anfang - es gibt noch viel zu tun.

Der Sozialwissenschaftler Walter Fernandes ist Leiter des North Eastern Social Research Centre in Guwahati, Assam, Nordost-Indien.

Soeben erschienen:

Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.

Rourkela und die Folgen

50 Jahre industrieller Aufbau und soziale Verantwortung in der deutsch-indischen Zusammenarbeit
ISBN 978-3-937603-22-3 / 200 Seiten mit 12 Abbildungen / 28,00 SFr. / 17,00 Euro

Rourkela war vor 50 Jahren ein kleines indisches Dorf. Heute ist Rourkela ein industrielles Großzentrum mit 500.000 Einwohnern. Hier entstand eines der ersten modernen Stahlwerke des unabhängigen Indien. Mit massiver deutscher Finanzhilfe wurde es ab Mitte der 1950er Jahre aufgebaut. Noch vor zwei Generationen lebten in der Region fast ausschließlich Adivasi, die Nachfahren der indischen Ureinwohner. An den Segnungen des Fortschritts hatten sie praktisch keinen Anteil. Mit den Fehlentwicklungen des Projekts Rourkela beschäftigte sich im September 2006 eine Fachkonferenz, die federführend von der Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. ausgerichtet wurde (siehe auch Adivasi-Rundbrief 28). Die Konferenzbeiträge und Vorarbeiten werden in diesem Band veröffentlicht.

Zwangsmaßnahme Rourkela

In und um Rourkela wurden über 80 km² Land in Beschlag genommen und etwa 12.000 Menschen zwangsumgesiedelt. Um das Hüttenwerk und die neue Stadt mit der erforderlichen Wassermenge zu versorgen, wurde etwa 30 Kilometer von Rourkela entfernt eine Talsperre errichtet. Durch diesen Mandira-Damm wurde eine Fläche von etwa 57 km² überflutet. Aus dem Gebiet wurden noch einmal ungefähr 9.000 Menschen zwangsumgesiedelt. Die Gesamtzahl der Umsiedlungsorte ist nirgendwo eindeutig festgehalten. Die Orte befinden sich zum Teil sehr weit von Rourkela entfernt und in schwer zugänglichen Gebieten. Die Gesamtfläche der dort zur Verfügung gestellten Landstücke macht nach bisherigen Recherchen nur etwa ein Viertel der enteigneten Flächen aus.

Ausgewähltes Bildmaterial

in Ergänzung zu dem Buch kann unter www.aktivasi.koordination.de (Dokumente-Bilder) eingesehen werden (36 Seiten, 6 MB).

Weitere Informationen zu Rourkela

www.aktivasi-koordination.de: Adivasi-Rundbrief 28, Adivasi-Rundbrief 25; Sarini und Adivasi-Koordination in Deutschland, 50 Years of Industrial Development and Social Responsibility in Indo-German Co-operation. Rourkela and after. Sarini occasional papers no. 5, 2006, 44 Seiten; Sarini und Adivasi-Koordination in Deutschland, Adivasis of Rourkela. Looking back on 50 Years of Indo-German Economic Co-operation. Documents - Interpretations - International Law, Sarini occasional papers no. 4, 2006, 184 Seiten

Aus dem Inhalt des Buches:

Deutsche und indische Beiträge

Beiträge von Vertretern der Bewegung von Zwangsvertriebenen, von jeweils einem Vertreter der Bundesregierung und der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Ausgewählte Dokumente und Materialien

zur 50-jährigen Geschichte des deutsch-indischen Kooperationsprojekts „Rourkela Steel Plant“ mit Tabellen und einer Karte der Umsiedlungsorte

Weitere Perspektiven

für die Adivasi-Bevölkerung im Angesicht von fortschreitender Industrialisierung und Globalisierung

Adivasi-Rundbrief Nr. 30, November 2007

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, Tel. 06441-43124, escher_hallwas@freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft eG Frankfurt, Konto-Nr. 400 3764, BLZ 500 605 00. Vertrieb: Einzelzustellung und Beilage in der Zeitschrift „Südasiens“. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe ab 1997 sind zugänglich unter www.aktivasi-koordination.de.